

Ein Anruf von Zürich oder Bern nach Chur

Der Hotelier Andreas Züllig kandidiert für den Nationalrat – wählen kann man ihn allerdings nur in Graubünden. Wie ihn die Branche trotzdem unterstützen kann.



Der Bündner Nationalratskandidat Andreas Züllig bei den Zürcher Hoteliers (mit ZHV-Präsident Martin von Moos).

Bild: Bastian Schweitzer

Die Tourismusbranche ist in den eidgenössischen Räten nicht direkt vertreten und somit auf tourismusaffine Parlamentarier und das Lobbying angewiesen, will sie ihre Interessen erfolgreich einbringen. Das war auch Thema an der diesjährigen Generalversammlung der Zürcher Hoteliers vom 10. April, an der sich der im Kanton Graubünden für den Nationalrat kandidierende hotelleriesuisse-Präsident Andreas Züllig mit einer engagierten Rede an seine Berufskolleginnen und -kollegen wandte. Die Unterstützung im Saal war ihm sicher – nur besteht bei nationalen Wahlen halt das Problem: Wählen können ihn die Hoteliers in Zürich ebenso wenig wie diejenigen im Berner Oberland, dem Wallis oder in Genf. Das liegt allein in Händen der Stimmberechtigten des Kantons Graubünden.

Beim anschliessenden Networking-Apéro machte dann allerdings eine Idee die Runde, die auf Anhieb nicht spektakulär erscheint, aber mit Blick auf die zum Teil knappen Ergebnisse bei Wahlen durchaus erfolgreich sein könnte. Was kann man tun, wenn man seinen Kandidaten nicht selber wählen kann? Man greift zum Telefon und ruft jemanden an, der das kann!

Gerade die mit Graubünden traditionell verbundenen Zürcher könnten ihre beruflichen wie privaten Kontakte zu einer Charmeoffensive nutzen und sich mit einem Anruf für den Kandidaten Andreas Züllig stark machen. Auch anderswo sind Hoteliers oder Touristiker mit Bündnern oder Bündnerinnen so gut bekannt, dass ein persönlich geführtes Gespräch etwas bewirken kann. Schliesslich geschieht es im Interesse des Gastgewerbes über alle Kantonsgrenzen hinweg. Mit einem «eigenen» Nationalrat erreichte die Branche ein erstes, wichtiges Etappenziel.



Gery Nievergelt
Publiziert am Donnerstag, 18. April 2019